

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsabnehmern und in allen Klauen erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

Abzugspreis: Die monatlich gebundene Monatshefte oder deren
Kauf 35 Pf., für Familienansagen 20 Pf., für die Restbestände (schließen
an den dreijährigen Teil eines Exemplars) 1,50 RM. Anzeigen-Kaufmann
wöchentlich von 9 Uhr an in der Expedition Dresden-K. L. Güterbahnhofstraße 2

Verlagspreis: Frei Haus monatlich 2,50 RM (schl. im Voraus), durch
die Post 2,70 RM (ohne Zuluftgebühr). Die „Arbeiterstimme“ erscheint tägl
lich, außer an Sonn- und Feiertagen. In Fällen höherer Gewalt bleibt kein
Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Verlagspreises.

Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft mbH, Dresden-K., Schützenstraße 10 und
Nobilität: Güterbahnhofstr. 2, Postfach 17 233. Verlagsleiter: Dresden 15 600.
Sprechstunden: Montags 16-18 Uhr allg. Sprechstunde, Dienstags 17-18 Uhr
betriebs- und arbeitschil. Fragen, Freitags 15-17 Uhr juristische Sprechstunde.

6. Jahrgang

Dresden, Donnerstag den 16. Oktober 1930

Nummer 242

250 Metallbetriebe im Streik!

Schiedspruch für Sachsen bis Ende Oktober vertagt / Gemeinsame Kampffront mit Berlin soll
verhindert werden / Durchkreuzt das Manöver! Streikfront auch in Sachsen!

Berlin, 16. Okt. (Eig. Drahtbericht.)
Der Berliner Metallarbeiterstreik hat gestern morgen auf
der ganzen Linie eingeleitet. In zahlreichen Betrieben gingen
die Belegschaften entgegen den Forderungen des Streikrates nicht
mehr in die Betriebe, sondern sammelten sich sofort vor den Be-
trieben zur Demonstration unter Führung der KPD. In den Betrieben, die erst um 9 Uhr in den Streik
traten, bildeten sich ebenfalls Streikzüge unter Führung der
KPD. Die Demonstrationen der KPD gaben am Freitag Berlin
das Gesicht des Streiks. In zahlreichen Betrieben erkannten die
Belegschaften bereits gestern morgen die Notwendigkeit, unter
Führung der KPD sich selbstgewählte Streikleitungen
gegen die Belegschaften zu wählen, um gegen den kommenden
Vertrag des Streiks zu sein.
In einigen Betriebsversammlungen wurden die arbeitenden
Reformisten verjagt und durch selbstgewählte Streikleitungen
der organisierten und unorganisierten Kollegen ersetzt. Nach den
vorliegenden Berichten stehen 250 Betriebe im Streik,
es sind beteiligt 126.000 Metallarbeiter, darunter allein
42.000 Arbeiterinnen.

Via gereinigtes Manöver

Dresden, den 16. Oktober.
Wie die Vereinigung der Verbände Sächsischer Metallindu-
strieller mitteilt, sind die Mantelarbeitenverhandlungen in der
sächsischen Metallindustrie bis Ende Oktober vertagt worden.

Was wir vorausgesetzt, ist eingetroffen. Die Taktik der
Unternehmer zielt darauf hin, eine geschlossene Kampffront der
gesamten deutschen Metallarbeiter zu unterbinden. Die Ver-
setzung der schiedsgerichtlichen Entscheidung in der sächsischen Me-
tallindustrie bedeutet nicht Verzicht auf den Lohnabbau, sondern
im Gegenteil: die Voraussetzungen schaffen, um den Lohn-

abbau um so gründlicher zu besorgen. Erst soll
Berlin, dann Sachsen überdeckt werden.
Die Taktik der Bürokratie begegnet derjenigen der kapita-
listischen Scharfmacher. Sie isoliert den Berliner Streik.
Sie spaltet die Front der Metallarbeiter. Sie läßt alle Mienen
springen, um ein Kampfbündnis zwischen Berlin und Sachsen
zu unterbinden.

Die sächsischen Metallarbeiter müssen selbst handeln. In
Einheitsfront mit dem kämpfenden Berlin sind sie unbeliebar
KPD, vor die Front! Mobilisiert die Betriebe! In
Belegschaftsversammlungen Kampfleitungen
gebildet! Streikbeschlüsse gefaßt!

Die Front der deutschen Metallarbeiter muß wie ein ver-
bindendes Glied auf die Scharfmacher und ihre Trabanten
herabziehen.

5 Millionen RM Streikunterstützung KPD Vorkopf im Berliner Stadtparlament

Berlin, 16. Okt. (Eig. Drahtbericht.)
Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion Berlin hat
einen dringenden Antrag eingebracht, in dem sofortige Bewil-
ligung von 5 Millionen Mark für die Streikenden
und Überweisung an den Zentral-Kampfausschuß ge-
fordert werden. Gegen den schändlichen Schandpruch wird
in diesem Antrag scharfer Protest erhoben und eine Erhöhung
der Löhne um 20 Pf. und gleichzeitigige Kürzung der Ar-
beitszeit auf 7 Stunden für erforderlich gehalten.

Der Verband Berliner Metallindustrieller hat den Lohn-
abbauversuch des Scharfmachers Böhler angenommen und
die Verbindlichkeitserklärung beantragt.

SPD-Löbe und Nazi-Stöhr Präsidenten des Young-Reichstages

Nazis stimmen für den Führer des Industrie- und Börsenkapitals — SPD-Dittmann
erklärt: „Auch wir waren bereit, für Stöhr zu stimmen“

Berlin, 15. Oktober. (Eig. Bericht.)
Sitzungslokal und Tribünen sind wieder überfüllt, als Alters-
präsident Herald die Mittwochsitzung des Reichstages er-
öffnet. Der Reichstag selbst ist umgeben von einem Aardon
schwerbewaffneter Schupo. Auf dem Brandenburger Tor steht
ein Malchinengewehr.

Die Tagesordnung umfaßt lediglich die Präsidenten- und
Schriftführerwahl. Die Abstimmungen ziehen sich jedoch Stunden-
lang hin, da der widerstrebige Reichstagspräsident von den Sozialdemo-
kraten bis zu den Nationalsozialisten dicke mal im Plenum aus-
getragen wird.

Hg. Dittmann (SPD) schlägt zur Wahl des Reichstags-
präsidenten den früheren Reichspräsidenten, Löbe, vor, da dieser ja
sehr energisch gegen die Opposition durchgegriffen habe. Löbe
hat ja auch bekanntlich die Geschäftsordnung so veränderte, daß
sie einer Strangulierung der Kommunisten gleichkommt.

Nach einer kurzen Erklärung der Christlichsozialen, daß sie
für Löbe stimmen werden und nachdem der Volksparteiler und
bekannte Scharfmacher Dau seinen Parteifreund Dr. Scholz
zur Wahl vorgeschlagen hat, nimmt für die kommunistische Frak-
tion das Wort

Genosse Loraler:

Bei der jetzigen Präsidentenwahl handelt es sich um eine
politische Wahl. Die Parteien von den Sozialdemokraten
bis zu den Nationalsozialisten befinden sich in einem Wettrennen
um die Präsidentenposten. Jede dieser Parteien will die ge-
eignete sein, um in diesem Young-Reichstag zu präsidieren.
Jede von ihnen will behilflich sein bei der Durchsetzung der
arbeiterfeindlichen Gesetze und der schändlichen volkswunden-
lichen Diktaturvorlagen der Regierung. (Sehr wahr! b. d. Kom.)
Die kommunistische Partei lehnt es ab, trotz ihrer nomi-
nellen Stärke, irgendwelchen Aushandel mit bürger-

lichen Parteien oder Sozialdemokraten zu machen. Die
Kommunistische Partei ist die einzige antifaschistische
Partei dieses Hauses.

die einzige Partei, die den Scharfmacher um Posten ablehnt und die
daher als Zeichen ihrer Kampfbereitschaft gegen den Young-
Reichstag und gegen die Diktaturregierung ihren eigenen Kan-
didaten, den Abg. Fiedl, vorschlägt. (Leb. Beifall und Hände-
klatschen b. d. Kom.)

Wir Kommunisten denken auch nicht daran, irgendeine Vo-
kalisierung gegenüber der Handhabung der Geschäftsord-
nung dieses Reichstages abzugeben. (Sehr wahr! bei den Kom.)
Wir befinden uns dabei im striktesten Gegensatz zu den National-
sozialisten. (Zurufe der Nazis.)

Die Nationalsozialisten Feid und Stöhr haben ausdrück-
lich die Erklärung abgegeben, daß sie die Geschäftsord-
nung des Reichstages mit allen Strangulierungsbestim-
mungen respektieren wollen.

Es ist auch charakteristisch, daß die Nationalsozialisten, entgegen
all ihren demagogischen Wahlversprechungen, in der Person des
Dr. Scholz den geeigneten „antimarkistischen Verbündeten“ sehen.
(Heiterkeit und Sehr wahr! b. d. Kom.) Dieser Dr. Scholz ist
der Führer einer Partei, die nicht nur die Partei des deutschen
Groß- und Industriekapitals ist, sondern der auch die führenden
Bank- und Börzenmagnaten angehören. (Sehr wahr!
b. d. Kom.) Die Deutsche Volkspartei ist die Partei der brutalen
Scharfmacher, die den räuberischen Youngpakt durchführt, aller-
dings auf Kosten und auf den Schultern der wertvollen Volks-
massen. (Sehr wahr! b. d. Kom.)

Das parlamentarische Bündnis Dr. Feid — Dr. Scholz
zeigt, daß die Nationalsozialisten nichts weiter wie die
Schutztruppe der Industriel- und Bankmagnaten sind.
(Korrekturen siehe nächste Seite)

Brüning — „die reaktionärste Regie- rung seit der Revolution“ SPD-Arbeiter, erinnert ihr euch?

Dresden, den 16. Oktober
Heute steht im Reichstag die Regierungserklärung
des Diktaturkanzlers. Dann folgen die Entscheidungen über Not-
verordnung, über Brüning-Kabinett. So, vor die naheende Ent-
scheidung gestellt, wo es kein Verbergen, kein demagogisches Aus-
weichen mehr gibt, muß endlich die „Dresdner Volks-
zeitung“ ihre Wüste fallen lassen. In ihrem geistigen Zeit-
artikel beginnt sie mit folgendem Satz:

„Unsere Reichstagsfraktion hat beschlossen, vorläufig
einem Mißtrauensantrag gegen das Kabinett Brüning nicht
zuzustimmen.“

Dieses offene Bekenntnis und seine Wirkung auf die
sozialdemokratischen Wähler wird dann durch den Appell an die
Reichstagsfraktion abgeblieben verurteilt, indem man von ihr Ein-
bringung von Gesetzentwürfen fordert, wie 40-Stunden-woche,
Abbau der hohen Gehälter in der Privatindustrie usw. Der übliche
„linke“ Schmus, um eine reaktionäre Tat zu verkleiden.

Dieselbe „Dresdner Volkszeitung“ hatte noch vor nicht acht
Tagen die Stirn, uns der Lüge zu beizugehen, als wir
den Fraktionsbeschluss der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion
als eine offene Unterstützung Brünings auslegten. „Aus dem
Schluß geht im Gegenteil ganz klar hervor“, schrieb die Volks-
zeitung, „daß sich die Sozialdemokratie gegenüber dem Kabinett
Brüning und seinen Vorlagen freie Hand behält. Wer etwas
anderes behauptet, lügt.“

Jetzt muß sie ohne Umstände eingestehen, daß der Fraktions-
beschluss ihrer Partei die volle Unterstützung Brünings
bedeutet.

Wir geben den sozialdemokratischen Arbeitern zu bedenken,
was diese selbe „Volkszeitung“ während der Reichstags-
wahlen schrieb, mit welchen Mitteln sie die Stimmen ihrer
Wähler ergaunerte.

Am 21. Juli, 3 bis 4 Wochen vor der Reichstagswahl, hieß
es in dem Aufruf des SPD-Bezirksvorstandes Ostsachsen:

„Abbau der Arbeitslosenversicherung und Krankenversiche-
rung, schamlose Belastung der breiten Massen durch eine Kap-
steuer wollten der Bürgerblock und seine (Brüning- d. Red.)
Regierung, die reaktionärste seit der Revo-
lution“, erzwingen. Ein schwerer Kampf steht uns bevor.
Über die Arbeiterklasse, die Sozialdemokratie, wird die De-
mokratie, die Herrschaft des Volkes gegen alle Diktatur-
gefühle erfolgreich verteidigen.“

Wenige Tage später erschien in der Volkszeitung eine
Wahlbeilage der SPD Ostsachsens. Es hieß auch hier:

„Der Bürgerblock hat seine Diktatur aufgerichtet! Das Ka-
binett Brüning regiert mit dem Artikel 48.
Wähler und Wählerinnen, leht euch zur Wehr gegen den Bürger-
block und seine Helfer! Gegen die Regierung Brü-
ning, die mit dem Großkapital verdrückt ist und durch Dik-
taturverordnungen die Rechte der Arbeiterklasse niederdrückt!
Vorwärts zum Kampf für Demokratie und Sozialismus für
das arbeitende Volk, für die Sozialdemokratie, Liste 1!“

In einem weiteren Wahlartikel der sächsischen SPD-Pressé
hieß es:

Die bürgerliche Reichstagsmehrheit und ihre Brü-
ning-Regierung haben sich lochen noch angemacht, das
Lebensrecht des Volkes und der Volksweltrettung selbst zu miß-
achten. Ihr Regiment bedeutet Erschöpfung, statt Erleichterung
des Dalens der Massen. Aber bei der Aufbringung der für
die Existenz des Reiches notwendigen Mittel dürfen nicht die
Besitzenden lott und fort geschont, die Nichtbesitzenden hingegen
immer rücksichtsloser belastet werden. Das aber bei der Regie-
rung Brüning getan... Wenig dieses Regiments... Adge-
rechnet mit allen Schuldnigen! Die Gelegenheit ist gekommen
Aufgeräumt im Reichstagsgebäude! Zugepaßt und nachgepaßt
Wählt noch mehr Sozialdemokraten.“

Das war vor den Wahlen. Da war die „Brüning-Regie-
rung die reaktionärste seit der Revolution“, und
jetzt wird dieser reaktionärsten Regierung durch die SPD das
Vertrauen ausgesprochen. Um die Demokratie, die
Verfassung, die parlamentarischen Regeln vor dem Nachtwiler
der offenen Diktatoren zu schützen“, lautet die Begründung. Aber
die Brüning-Regierung ist die Diktatur-Regierung! Sie hat da-
mals das Parlament nach Hause gejagt und die vom Reichsta-
bermeigerten massenfeindlichen Steuern auf dem Wege der natio-